

PRESSEMITTEILUNG

06.12.2017

Minister Hermann empfängt PRO BAHN

Mehr politischen Druck auf die DB AG und Berlin gefordert

(Stuttgart (pb)) – Am Freitag tauschten sich Vertreter des unabhängigen Fahrgastverbands PRO BAHN mit Minister Hermann aus. Es ging um ICs der DB AG auf der Südbahn, die Elektrifizierung von Diesel-Inseln und die Nahverkehrsabgabe. Bei allen Themen will PRO BAHN mehr Tempo und daher mehr politischen Druck.

Der Vorsitzende von PRO BAHN Baden-Württemberg, Stefan Buhl, sagte nach dem Gespräch: „Die DB AG und die Bundespolitik sind zu schwerfällig. Wir brauchen leider die massive Unterstützung der Landes-Politik, damit sich für die Fahrgäste etwas tut. Deshalb danken wir für das offene Ohr von Herrn Minister Hermann.“

Im Fokus steht dabei der absehbare Ausbau der Südbahn Ulm–Lindau. „Der Ausbau dieser internationalen Strecke wird von Baden-Württemberg mitfinanziert. Die bundeseigene DB AG will dort absehbar keine schnelle IC-Linie fahren lassen. Das ist volkswirtschaftlich unsinnig“, sagte Buhl. „Wir wollen, dass auf der Achse Stuttgart–Neubaustrecke–Ulm–Südbahn regelmäßig schnelle Intercityzüge fahren.“ Es wäre aus Sicht von PRO BAHN systemwidrig, wenn das Land mit Nahverkehrsmitteln schnelle Züge über die Neubaustrecke an den Bodensee auch noch selbst finanzieren müsste. „Dem Bund werfen wir vor, aus fiskalischen Gründen seine Verantwortung für die Bahn-Gleise wie den Betrieb auf die Länder abzuschieben. Das muss politisch endlich bekämpft werden.“

Ein weiteres Thema waren die Diesel-Inseln im Land. Schon seit Jahren kämpft PRO BAHN für mehr Oberleitungen. „Der Rastatter Tunnel-GAU hat gezeigt, wie dringend ein engmaschiges Bahnnetz ist. Grob gesagt entlang der Grenze von Baden und Württemberg findet man viele kurze Dieselabschnitte, die mit wenig Aufwand elektrifiziert werden könnten und so eine große Wirkung auf das Gesamtnetz hätten.“ Buhl nannte beispielhaft die Streckenabschnitte Rottweil–Villingen, Tübingen–Horb, Freudenstadt–Hausach und Radolfzell–Friedrichshafen.

Abschließend ging es um die Nahverkehrsabgabe. Buhl sagte: „Wir wehren uns gegen die Mär, eine City-Maut würde den PKW-Absatz behindern. Oslo, London, Stockholm, Rom oder Mailand haben das, ohne dass der PKW-Absatz davon tangiert worden wäre. Im Gegenteil: Wir brauchen mehr ÖPNV im Interesse aller. Dafür muss kräftig Geld ins System.“